

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 45. Charlottenburg, Freitag, den 11. November 1921. 48. Jahrg.

Der Tag der Revolution.

Nun fährt sich wiederum der Tag:
Der rote Tag, das Siegesfest,
Da alle Nacht, die auf uns lag,
Zerschmolz bis auf den letzten Rest,
Der Tag, da Volk dein Adler fleg
Zum hohen Himmel Lichtumflacht,
Da du im langen Slaventrieg
Zum letzten Mal das Schwert gepackt.

Vergiß die Stunde nicht, die hoch
Dich riß aus Dunkelheit und Schmach,
Auf daß das schwere Knechtjoch
Zertrümmert dir zu Füßen lag!
Volk, bleibe wach, daß nicht entreizt
Ein Tag der Laueheit dir dein Recht,
Und daß es wieder zu dir heißt:
Wer Knecht geboren, bleibe Knecht!

Sei auf der Hut: es lauern lang
Schon rings um dich Verrat und List!
Zeig, daß, was dir dein Sieg errang,
Dir heilig war und heilig ist!
Zeig, daß die Kraft dir nicht zerrinnt,
Wenn du der Herrschaft Jügel führst!
Braust noch so laut auch rings der Wind,
Daß merken ihn, daß du regierst!

Bleib eingedenk, daß man dich nie
Zurück in Unfreiheiten jagt,
Wo Freiheit und Demokratie
Am Steuer stehen unverzag!
Vorwärts! Ist auch die Stunde früh,
Der Himmel heilt sich wieder auf!
Und wer da Recht und Pflicht hat lieb,
Nimmt auch den Kampf dafür in Kauf!

Drum schleiß die Reihn! Seid stark! Seid treu!
Die Stunde trägt ein ernst Gesicht;
Der heil'ge Tag verpflichtet neu
Jedweden, der für Freiheit sich.
Die Nebel ziehn, der Herbststurm braust
Durchs kahle, schwarze Baumgeäst.
Schirm, Volk, mit deiner schwielen Faust
Dein rotes Blut, dein Siegesfest!

L. L.

Ein neuer Tarif.

Nach dem Scheitern unserer Tarifverhandlungen in Eisenach führten die örtlichen Lohnbewegungen infolge des ablehnenden Verhaltens der Unternehmer zu umfangreichen Arbeitseinstellungen. In 143 Betrieben — von 244 Betrieben überhaupt — wurde gestreikt. Den noch in Arbeit stehenden Kollegen war die Aussperrung für den 29. Oktober d. J. angekündigt worden. Wir haben in den vorhergehenden Nummern der „Ameise“ unsere Mitglieder darüber informiert, daß und aus welchen Gründen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium, das von der Arbeitgeberseite angerufen worden war, nicht stattfinden konnten. Wir wollen zu diesem Kapitel auch heute weitere Worte nicht verlieren, obwohl uns in Nürnberg und Dresden noch manches bekannt geworden ist, das unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit noch weiter rechtfertigt.

Nachdem eine zentrale Regelung der Arbeitsstreitigkeiten ausgeschlossen schien, wandten sich unsere bayerischen Kollegen an das Landeseinigungsamt in Nürnberg, um dort zu versuchen, eine Regelung und Einigung für die in Bayern liegenden Betriebe zu erreichen. Das Landeseinigungsamt lud demzufolge unsere Gauleitung als Vertretung unserer bayerischen Kollegen, aber auch die Zentralleitungen der in Frage kommenden Verbände — sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer — zu Verhandlungen ein, die am 20. Oktober stattfinden sollten. Auf unserer Seite wurde wenn auch nur mit der entferntesten Möglichkeit gerechnet, daß es bei dieser Gelegenheit zu zentralen Verhandlungen über Abschluß eines neuen Reichstarifes kommen könnte. Es wurde deswegen unsere gesamte Verhandlungskommission von Eisenach auch nach Nürnberg bestellt. Außerdem war eine Aussprache mit den Vertretern der Bahnhöfen an sich eine Notwendigkeit geworden, ganz gleich, ob es zu einer Verständigung kam oder nicht.

Vom Arbeitgeberverband waren nur drei Vertreter in Nürnberg erschienen, und zwar der 2. Vorsitzende, Herr Direktor

Dreife, der Geschäftsführer Herr Dr. Vogel, sowie der Gauleiter für Oberfranken, Herr Dr. Warkle. Bei Eintritt in die Verhandlungen wurde von Arbeitgeberseite betont, daß man zu Verhandlungen bereit sei, jedoch könne das Ziel nicht der Abschluß eines Sondertarifes für Bayern, sondern nur der eines Reichstarifes sein. Zu solchen Verhandlungen könne die Arbeitgeberseite aber nicht in dem Landeseinigungsamt Nürnberg, sondern nur in dem Reichsarbeitsministerium in Berlin die allein richtige und zuständige Stelle erblicken. Von unserer Seite wurde demgegenüber daran festgehalten, daß unsere bayerischen Kollegen keine Neigung haben, die Regelung der Angelegenheit noch weiter hinauszögern zu lassen, sondern darauf bestehen, daß für Bayern eine Einigung zu erreichen versucht wird. Sollte später noch eine Einigung für das ganze Reich resp. ein Reichstarif zustande kommen, dann ließe sich eventuell der bayerische Landestarif in einen Reichstarif hineinarbeiten.

Nach der blüdigten Erklärung von der Arbeitgeberseite stand fest, daß eventuelle Verhandlungen nur zum Zwecke des Abschlusses eines Reichstarifes möglich sein konnten. Die Arbeitgeberseite hielt daran fest, daß diese Verhandlungen nach Berlin verlegt werden sollten. Nach längerer Aussprache kam eine Verständigung dahingehend zustande, daß am Sonntag, den 23. Oktober, die Verhandlungen in Dresden beginnen sollten. Das Reichsarbeitsministerium sollte ersucht werden, einen unparteiischen Vorsitzenden zu diesen Verhandlungen zu stellen. Es bestand weiter Übereinstimmung darin, daß die Parteien freihändig verhandeln und nur in den Fragen, über die eine Verständigung nicht zu erzielen ist, ein Schiedsgericht entscheiden sollte. Das Landeseinigungsamt Nürnberg hat sich sofort bemüht, die in Frage kommenden Stellen in Dresden und Berlin zu benachrichtigen, so daß der Aufnahme der Verhandlungen am 23. Oktober in Dresden nichts mehr im Wege stand.

Nachdem diese Vereinbarung getroffen, übersiedelte unsere gesamte Delegation von Nürnberg nach Dresden, woselbst in-

zwischen auch die gesamte Verhandlungskommission der Arbeitgeber eingetroffen war. In den Verhandlungen selbst wurde zu Beginn von unserer Seite vorgeschlagen, über die Vergangenheit nicht weiter zu reden, sondern die Verhandlungen dort wieder aufzunehmen, wo sie in Eisenach abgebrochen werden mußten. Auch die in Eisenach gewählten Kommissionen sollten die Arbeiten wieder aufnehmen, sowohl die Lohn- als auch die Mantelkommission. Diesem Vorschlage entsprechend wurde auch verfahren.

Die Kommissionsverhandlungen dauerten jedoch nur kurze Zeit. In der Lohnkommission insbesondere stellten sich sofort scharfe Gegensätze heraus. Die Arbeitgeberseite bestand darauf, daß nicht zuerst die Lohnabelle — also die Festsetzung der neuen Mindestlöhne und Akkordbasen — sondern die Bestimmungen des Manteltarifes, die mit der Lohnfrage im Zusammenhang stehen, beraten werden. Es sollten also erst die Ortsklassenfrage, die eventuelle Umgruppierung der Facharbeiter, die Urlaubsfrage, die Akkordbasis für Jugendliche usw. geregelt sein, weil davon die neuen Mindestlöhne und Akkordbasen abhängig gemacht werden sollten. Die Arbeitnehmervertreter standen auf dem entgegengesetzten Standpunkt und meinten, erst wissen zu wollen, wie die neuen Lohnsätze überhaupt aussehen, ehe sie in eine Beratung der übrigen Materie eintreten können. Die Arbeitgeberseite schien aber von Anfang an auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Lohnfrage nicht durch freie Vereinbarung, sondern nur durch Schiedspruch zu regeln sei. Bei solcher Sachlage blieb etwas anderes nicht übrig, als in einer gemeinsamen Plenarverhandlung die weitere Behandlung der Sache zu beraten. Während dieser Beratungen erschienen die Schiedsrichter, um sich den Vertretern der beiden Parteien vorzustellen. Als unparteiischer Vorsitzender fungierte Herr Ministerialrat Daak vom Sächsischen Arbeitsministerium, als Beisitzer für die Arbeitgeber die Herren Bürgermeister Fritsch und Assessor Böhm, für die Arbeitnehmer die Herren Betriebsratssekretär Wiesner und Gewerkschaftssekretär Fischer. Außerdem waren noch je ein sachmännischer Berater von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern dem Schiedsgericht beigelegt.

Der Vorsitzende schlug vor, eine Kommission von je 8 Mann zu wählen, die im Beisein des Schiedsgerichtes verhandeln soll, und zwar sollte zunächst eine Generalausprache über alle Fragen des Manteltarifes, die mit der Lohnfrage zusammenhängen, erfolgen. In diesem Sinne wurde denn auch verfahren. Es würde zu weit führen, wollten wir hierbei alles erwähnen, was bei diesen Verhandlungen erörtert worden ist. Nach einer langen und ergebnislosen Ausprache fragte der Vorsitzende die beiden Parteien, inwieweit sie geneigt sind, im Interesse einer Verständigung von ihren ursprünglichen Forderungen abzugehen. Die Vertreter beider Parteien behielten sich vor, darüber erst noch einmal unter sich zu beraten.

Als Ergebnis dieser Beratungen wird von der Arbeitnehmerseite die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage sei, von ihren Forderungen abzugehen, weil dieselben inzwischen durch die fortwährende Teuerung schon wieder überholt sind.

Von der Arbeitgeberseite wird erklärt, daß sie beschlossen habe, das Eisenacher Angebot für Oktober gelten zu lassen, für November sollen 5 Proz., für Dezember weitere 5 Proz. Zuschlag darauf erfolgen. Die soziale Zulage soll unverändert bestehen bleiben. Diejenigen, die bereits höhere Verdienste erzielen, als in den neuen Lohnsätzen enthalten, erhalten bei Akkordarbeiten 10 Proz., bei Zeitlohnarbeiten 15 Proz. Zuschlag. Von der Arbeitnehmerseite wird das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt und auf Schiedspruch bestanden.

Inzwischen hat eine kleine Kommission von je drei Mann sich mit den Anträgen befaßt, die eine Erweiterung der Facharbeiterliste erstreben. Erreicht wurde hierbei nur, daß die Brenner, die eine dreijährige Tätigkeit als solche zurückgelegt haben, als Facharbeiter gelten, ebenso die Maschinisten und Dampfkesselheizer, die entweder eine Prüfung abgelegt oder mindestens zwei Jahre ununterbrochen als Heizer oder Maschinist tätig gewesen sind.

Wir können auf alle Einzelheiten der weiteren Verhandlungen nicht eingehen. Es liegt uns nur daran, unseren Mitgliedern einen kleinen Einblick zu geben in welchem Maße sich der Abschluß des neuen Tarifs — wegen hat, um ermessen zu können, daß die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht gering waren. Des öfteren standen wir auf einer Klippe, die unübersteiglich erschien, und schon ziemlich am Ende drohte das ganze Tarifwerk noch in die Brüche zu gehen. Nur lebend geben wir die durch Schiedspruch festgelegten neuen Mindestlöhne und Akkordbasen zur Kenntnis und bemerken dazu, daß die nackten Zahlen allein einen vollen Einblick in das neue Lohnverhältnis nicht gewähren. Die Lohnberechnungen nach dem neuen Tarif werden unseren Mitgliedern vom Verhandlungsstand erläutert und besonders aufgestellt werden.

Schiedspruch der Unparteiischen in der Lohnfrage.

Facharbeiter	Gr.-Verltn	Klasse I	Klasse IIa	Klasse IIb
Im 1. Jahre nach beendeter				
Zeitraum	Stk.	Stk.	Stk.	Stk.
bis 20 Jahre	468	390	330	300
20 bis 24 Jahre	564	470	420	390
über 24 Jahre	648	540	480	440
Akkordbasis	720	600	540	500
	900	750	615	625
Sonstige Arbeiter				
16 bis 18 Jahre	444	370	320	290
18 bis 20 Jahre	546	455	400	360
20 bis 24 Jahre	612	510	455	420
über 24 Jahre	690	575	515	470
Akkordbasis	832	719	644	587
Facharbeiterinnen				
16 bis 18 Jahre	342	285	245	235
18 bis 20 Jahre	420	350	310	300
über 20 Jahre	504	420	375	365
Akkordbasis	680	525	469	458
Sonstige Arbeiterinnen				
16 bis 18 Jahre	318	265	215	205
18 bis 20 Jahre	408	340	285	270
über 20 Jahre	480	400	355	330
Akkordbasis	600	500	445	412

Obige Lohnsätze gelten für Oktober 1921.

Ab 1. November ist auf die Effektivverdienste ein Zuschlag von 5 Proz. zu zahlen.

Ab 1. Dezember ist unter Wegfall des 5prozentigen Zuschlages für November auf die Effektivverdienste ein Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen.

Von den Abänderungen einzelner Bestimmungen im Manteltarif wollen wir einige hervorheben. Zum § 12 war von der Arbeitgeberseite eine wesentliche Erweiterung vorgesehen; in einer Reihe weiterer Fälle sollte eine Vergütung für ausgefallene Arbeitszeit nicht erfolgen. Jedoch blieb es am Ende bei der alten Fassung. Im § 13, der den Arbeitgebern das Recht gibt, Brenner länger als 48 Stunden pro Woche zu beschäftigen, ist jetzt das Wort „In der Regel“ gestrichen worden, so daß es heißt: „Brenner können grundsätzlich länger als 48 Stunden, jedoch nicht länger als 60 Stunden beschäftigt werden“. Wir müssen grundsätzlich daran festhalten, daß auch für die Brenner die 48-Stunden-Woche Geltung haben muß. Die Brenner selbst müssen das ihrige dazu beitragen, daß dieser Grundsatz auch einmal verwirklicht wird. Daß es möglich ist, dafür liefern diejenigen Betriebe den Beweis, in denen heute schon die Brenner nur in den seltensten Fällen länger als 48 Stunden pro Woche beschäftigt werden.

Der § 34 des alten Tarifs enthält Bestimmungen über die Bezahlung der Arbeitsmittel und Materialien zum Friedenspreise. Diese Bestimmung ist unverkennbar eine Quelle von Ungütlichkeiten geworden. Es ist jedoch ungeheuer schwierig, einen Ausweg zu finden, der beide Seiten befriedigt. Hierzu ist eine protokollarische Feststellung getroffen worden, ungefähr des Sinnes, daß die im § 34 enthaltenen Bedingungen abdingbar sind, sofern betriebliche Vereinbarungen vorliegen, die jedoch die Ansprüche der Arbeiter nicht herabmindern dürfen. In strittigen Fällen soll die Entscheidung den beiderseitigen Verbandsleitungen vorbehalten bleiben.

Beim § 32 wurde von der Arbeitgeberseite verlangt, daß die Preiskommissionen nicht mehr entschädigt werden sollen für ihre Tätigkeit. Die Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes hat durch eine Verfügung allen Arbeitgebern verboten, Entschädigungen an die Preiskommissionsmitglieder zu zahlen. Nunmehr ist durch eine Erklärung zum Protokoll erreicht worden, daß Preiskommissionen für die Tätigkeit, die sie auf Veranlassung des Arbeitgebers ausüben, zu entschädigen sind. Wir können uns übrigens nicht denken, daß Preiskommissionen ohne Vorwissen des Arbeitgebers auf eigene Hand Preise festsetzen könnten und dafür Entschädigung verlangen. Zu einer Vereinbarung — und eine solche kann ja auch eine Preisfestsetzung nur sein — gehören doch mindestens immer zwei Parteien.

Die §§ 40 und 41 des alten Tarifs, die von der Urlaubsfrage handeln, waren ebenfalls heiß umstritten. Hier ist als Änderung eingefügt worden, daß ein Arbeiter mindestens sechs Monate im Betriebe beschäftigt sein muß, ehe er Urlaub erhalten kann. Das heißt also in der Praxis, daß ein Arbeiter, der im Jahre 1921 in den Betrieb eingetreten ist, seinen ersten Anspruch auf Urlaub im Jahre 1922 den ersten Anspruch auf Urlaub hat, diesen nicht vor Juni 1922 erhalten kann. Es soll vorgekommen sein, daß Arbeiter, die im Dezember in einen Betrieb eingetreten, bereits im Januar oder Februar des nächsten Jahres den Urlaub verlangten, und daß sie die Urlaubsentchädigung bekamen, in einen anderen Betrieb gegangen sind. Manipulationen dieser Art wird auch niemand von uns als richtig ansehen wollen. Es ist aber auch eine Verbesserung des bisherigen Zustandes eingetreten, indem jetzt Urlaub gewährt wird im ersten Jahre 4 Tage, steigend mit jedem weiteren Jahre der Beschäftigung im Betriebe um einen Tag bis zu 9 Tagen.

nach zehnjähriger Beschäftigungsdauer 10 Tage, nach 15jähriger Beschäftigung 12 Tage, und nach 25jähriger Beschäftigungsdauer 15 Arbeitstage. Im § 41 ist eine wesentliche Änderung dahin eingetreten, daß das Werk, im Einverständnis mit dem Arbeiterrat, berechtigt ist, den Betrieb bis zur Dauer von 6 Tagen (bisher 10 Tagen) stillzulegen. Damit vermindert sich die Zeit, die alle diejenigen ohne Entschädigung bisher feiern mußten bei Stilllegung während des Urlaubs, die nur 4 Tage oder noch gar keinen Anspruch auf Urlaub haben, um 2 bis 6 Tage.

Der § 58 des Tarifs ist auf unser Verlangen gestrichen worden. Wir brauchen heute nicht mehr im Tarife besonders zum Ausdruck bringen, daß dem Arbeiter das Koalitionsrecht gewährleistet ist. Dieses Recht ist heute im Gesetz (in der Verfassung) verankert. Arbeitgeber, die es trotzdem antasteten wollten, würden sich durch den Tarif davon nicht abhalten lassen, abgesehen davon, daß wir in solchem Falle das Koalitionsrecht zu verteidigen wissen würden, ob mit oder ohne Tarif.

Der § 62, auf dessen Streichung die Arbeitgeber besonders Gewicht legten, bleibt in seinem ersten Teile bestehen und nur der zweite Teil wird gestrichen.

Es sind dies nicht alle Änderungen, die der Manteltarif erfahren hat, einige unwesentliche Änderungen sind noch bei dem einen oder anderen Paragraphen erfolgt.

Als nunmehr die Vertreter beider Parteien erklärt hatten, den Schiedspruch in seiner ganzen Ausdehnung anzuerkennen, galt der neue Tarif und das neue Lohnabkommen als gesichert. Der Manteltarif ist wiederum auf ein Jahr befristet worden und läuft am 30. September 1922 ab, sofern er vorher ordnungsgemäß von einer der beiden Vertragsparteien gekündigt wird. Das Lohnabkommen gilt für drei Monate und läuft am 31. Dezember d. J. ab.

Nunmehr galt es, die Bedingungen zu formulieren, unter denen die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben erfolgen konnte. Hierzu wurde nach längerer Aussprache folgende Vereinbarung getroffen:

1. Der Arbeitgeberverband der Deutschen feinkeramischen Industrie verpflichtet seine Mitglieder, die ausgesprochene Entlassung bezw. Kündigung zurückzunehmen.

Die Arbeitnehmerverbände verpflichten sich, ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

2. Alle beim Ausbruch des Streiks beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden wieder eingestellt. Maßregelungen haben gegenseitig nicht stattzufinden.

Wo Verstöße nach § 123, Abs. 5 bis 7 der Gewerbeordnung behauptet werden, wird die Einstellung von der Zustimmung der beiden Verbandsleitungen abhängig gemacht.

3. Der Arbeitsbeginn hat baldmöglichst zu erfolgen. Der Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme wird bestimmt durch die technischen Verhältnisse des einzelnen Betriebes nach vorausgegangener Verständigung mit dem Arbeiterrat.

Treten nach Betriebsaufnahme Betriebsstörungen ein, die auf den Streik zurückzuführen sind und durch die die Arbeiterschaft ganz oder teilweise mit der Arbeit aussetzen muß, so findet eine Vergütung für die ausgefallene Arbeitszeit nicht statt.

4. Streitzeit wird nicht bezahlt.

(Folgen Unterschriften.)

Mit der Annahme dieser Vereinbarung war der Frieden in unserem Gewerbe wieder hergestellt. Den Schiedsrichtern, insbesondere dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts, der sich um die Herstellung des Friedens mit großer Ausdauer und mit großem Geschick bemüht hat, gebührt der Dank aller Beteiligten. Obwohl der Kampf von nicht allzulanger Dauer war, hat er doch auf beiden Seiten Wunden geschlagen. Unsere Kollegen, die bedeutend weitergehende Forderungen stellten, als sie in den Kampf zogen, werden nicht allgemein und restlos vom Ausgang befriedigt sein. Wir dürfen jedoch sagen, obwohl es in diesem Kampfe weder Sieger noch Besiegte gibt, wie der Vorsitzende des Schiedsgerichts am Ende der Verhandlungen ganz richtig bemerkte, daß das Ergebnis der Verhandlungen doch ein anderes Gesicht hat, als das Ergebnis der Verhandlungen in Eisenach. Allerdings, am Stande der Teuerung von heute gemessen, ist das Lohnabkommen an dem Tage, an dem es in Kraft treten soll, von der Teuerungswelle schon wieder überflutet. Es ist einfach undenkbar, auf dem Wege zentraler Vereinbarungen ein Lohnniveau zu schaffen, das den katastrophalen Teuerungsverhältnissen, wie wir sie seit Wochen erleben, zu folgen vermöchte. Unter diesen höchst ungesunden Verhältnissen, von denen niemand zu sagen vermag, zu welchen Zuständen diese noch führen werden, leiden nicht nur die Arbeiter der feinkeramischen Industrie, sondern alle Lohn- und Gehaltsempfänger aller Berufe. Unsere Mitglieder dürfen überzeugt sein, daß unsere Vertreter bei den Verhandlungen in Dresden alles getan haben, was in ihren Kräften stand, und was nach Lage der Verhältnisse getan werden

konnte, um ihr schweres Los einigermaßen erträglich zu gestalten. Wie die Dinge aber nun einmal liegen — jedes Verhandlungsergebnis ist ein Kompromiß — muß bei Verhandlungen, wenn ein Weg der Verständigung gefunden werden soll, Nachgiebigkeit auf beiden Seiten zu finden sein. Die Arbeitgeberseite hat sich ohnehin im Laufe der Verhandlungen darüber beklagt, daß auf unserer Seite wenig Nachgiebigkeit zu finden wäre. Die Arbeitgeber sollten nur immer der gebende, die Arbeiter wollen nur immer der empfangende Teil sein. Nun — es liegt in der Natur der Sache, daß jemand, der nichts weiter hat als das nackte Leben, und oftmals das noch kaum, leider nicht in der Lage ist, „geben“ zu können.

Was der Arbeiter zu „geben“ hat, das ist seine Arbeitskraft und die gibt er in ausreichendem Maße. Davon profitieren die Arbeitgeber, wie die Gewinnergebnisse ihrer Betriebe erweisen, in nicht geringem Maße. Der Arbeiter hat dafür, daß er seine Arbeitskraft, sein ganzes Können zur Verfügung stellt, ein ausreichendes Äquivalent zu verlangen in ausreichendem Lohn und in möglichst günstigen Arbeitsbedingungen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, wird bei allen Verhandlungen über einen Arbeitsvertrag, um mit den Worten der Arbeitgeber zu sprechen, der Arbeiter immer der empfangende, der Arbeitgeber immer der gebende Teil sein müssen. Unsere Kollegen werden das Geben und Empfangen aber wahrscheinlich in einem weitergefaßten Sinne verstehen und uns sagen, daß sie eigentlich der gebende Teil sind und nur einen Teil von dem zurückverlangen, was sie den Unternehmern gegeben an Werten, erzeugt durch ihrer Hände Arbeit.

Doch jetzt ist der Kampf vorbei. Die Kollegen sind inzwischen in die Betriebe und an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Was hinter uns liegt, soll uns jetzt nicht mehr beschäftigen. An einzelnen Orten hat der Kampf eine besondere Schärfe angenommen. In heftigen Prekpoletiken ist gestritten worden, wobei manches scharfe Wort herüber und hinüber geflogen ist. Das darf keine Nachwirkungen auf das wiederaufgenommene Arbeitsverhältnis haben. In manchen Betrieben haben einzelne Angestellte und Beamte sich unsolidarisch verhalten und Streikbrecherarbeiten verrichtet. Das ist gewiß nicht geeignet, das Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern zu bessern. Solche Vorkommnisse sind im Interesse des Ansehens der Angestellten und Beamten lebhaft zu bedauern. Jedoch darf auch das keinen Grund abgeben, daraus Bernürnisse in das wiederaufgenommene Arbeitsverhältnis zu bringen. Unsere Mitglieder müssen sich immer vor Augen halten, daß sie ihre Einigkeit, ihre Geschlossenheit bewahren müssen, weil wir diese Voraussetzungen immer wieder brauchen bei allen künftigen Verhandlungen. Bei Beginn des Kampfes hat es sich gezeigt, daß sich in einigen Betrieben noch eine Anzahl Unorganisierter vorfand, die den Weg zu unserem Verbands erst fanden, als ihnen das Feuer unter den Nägeln brannte. Unsere Mitglieder in solchen Betrieben sind an solchen Zuständen ebensobiel schuldig, als die Unorganisierten selbst.

In allen Betrieben, in denen unsere Mitglieder ihre Pflicht erfüllen und aufklärend wirken, kann es keinen Unorganisierten mehr geben. Wenn ihre Zahl auch verschwindend gering und gänzlich einflußlos auf den Gang der Dinge ist, so muß doch als ganz selbstverständlich vorausgesetzt werden dürfen, daß es in solcher Zeit, in der die Arbeiterschaft eines ganzen Industriezweiges in hartem Kampfe um ihre nackte Existenz steht, auch nicht einen Arbeiter, nicht eine Arbeiterin geben darf, die nicht organisiert ist.

Unsere Mitglieder mögen, sofern der neue Tarifvertrag, nebst Lohnabkommen und Erläuterungen, in ihren Händen sein wird, dazu Stellung nehmen und ihr Urteil darüber abgeben. Wir haben nicht notwendig, für diejenigen, die die Verantwortung für diesen neuen Tarif tragen, für unsere Dresdener Delegation, um gut Wetter zu bitten. Unsere Mitglieder mögen Kritik üben, mögen aber dabei sachlich bleiben, alles erwägen, was bei Erörterung solcher Fragen erwogen werden muß.

Valutagewinne und Ausfuhrabgaben.

Von Wilhelm Reil.

Das furchtbare Valutaelend Deutschlands ist zu einer Gewinnquelle der Industrie und Landwirtschaft geworden, deren Ergiebigkeit noch weit größer ist als die der Heerslieferungen in den Kriegsjahren. In dem Maße, in dem der Wert der Mark im Wechselverkehr mit den valutastarken Ländern sinkt, steigen die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die kleinen Gemmungen, die in früheren Jahren dem raschen Aufeinanderfolgen von Valutaverfall und Steigerung der Nahrungsmittelpreise durch die „Zwangswirtschaft“ bereitet wurden, sind mit der Herstellung der Freiwirtschaft gefallen. Da auf ein rasches Ansteigen des Marktwertes nicht zu hoffen ist, müssen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten auf Preissteigerungen gefaßt machen, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellen. Der kapitalistisch betriebenen Land-

wirtschaft werden daraus noch sabelhaftere Gewinne erwachsen, als sie bisher erzielt hat.

Der Industrie geht's nicht schlechter, namentlich soweit sie für die Ausfuhr arbeitet. Je tiefer der Markkurs, desto größer die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Ausland mit besserer Währung. Denn trotz der auf die Marktentwertung folgenden Preissteigerung wachsen die Produktionskosten nicht in dem Maße, in dem die Mark sinkt. Vor allem der aus Arbeitslohn bestehende Teil der Produktionskosten bleibt hinter dem Aufstieg der Preise in immer größer werdendem Abstand zurück. Mit anderen Worten: je geringer der Wert der Mark im Auslande, desto größer der Unterschied zwischen den Löhnen in Deutschland einerseits, dem valutastarken Ausland andererseits. Kostet der Dollar 150 M., so gilt die Mark noch 2,8 Friedenspfennige und der Arbeiter, der 10 M. Stundenlohn bekommt, verfügt damit über 28 Friedenspfennige. Ein Stundenlohn von 10 M. ist heute schon ein respektable. Der amerikanische Arbeiter aber arbeitet nicht für 28 Friedenspfennige, sondern beansprucht das Sechsbis Zehnfache dieses Betrages. Um den ganzen Betrag der Differenz zwischen der Höhe der Löhne im Inland und in Amerika ist der deutsche Exporteur seinem amerikanischen Konkurrenten voraus. Er kann aus dem Differenzbetrag die Transportkosten und Spesen bestreiten, kann den amerikanischen Konkurrenten unterbieten und wird immer noch beispiellos hohe Gewinne erzielen.

Wir wünschen nun nicht etwa, daß der deutsche Unternehmer zugunsten des ausländischen Käufers auf diese Gewinne verzichtet. Im Gegenteil, wir wollen, daß er mit seinen Preisen möglichst nahe an die Herstellungskosten herankommt, um die dieselbe Ware im Ausland erzeugt wird. Undernfalls fördern wir den Ausverkauf Deutschlands, treiben Schleuderkonkurrenz mit dem kostbarsten Gut, das wir haben, mit der menschlichen Arbeitskraft. Am sichersten wird diesen Gefahren vorgebeugt, wenn der deutsche Exporteur die Preise seiner Waren in ausländischer Währung berechnet. In diesem Falle vermag der ausländische Bezieher der deutschen Ware nicht jeden Sturz der deutschen Mark in einen Riesengewinn umzumünzen, wie es bei der Zahlung in Mark der Fall ist.

Aber der deutsche Exporteur hat keinen persönlichen Anspruch auf den großen Gewinn, den er zu machen in der Lage ist. Vermag er, obgleich er nur den 5- bis 10fachen Friedenslohn zahlt, den 30- bis 40fachen Friedenspreis zu erzielen, so verdankt er das dem grauenvollen Finanzjenseitigen des eigenen Landes und Volkes. Der exportierende Unternehmer soll daher dreierlei tun: erstens seine Arbeiter so bezahlen, daß sie ihre Leistungsfähigkeit nicht einbüßen, zweitens eine von volkswirtschaftlichen, nicht von privategoistischen Beweggründen geleitete Finanzpolitik treiben, die ihm über die Schwierigkeiten einer etwaigen Rückbildung des Marktkurses hinweghilft, drittens einen angemessenen Teil seiner Riesengewinne an die Volksgemeinschaft, aus deren Not sie entspringen, abführen.

Dieser letzteren Pflicht des Exporteurs sei noch ein Wort gewidmet. Im Prinzip ist die Abführung eines Teils der Valutagewinne für die Zwecke des allgemeinen Wohls schon in der zweiten Kriegshälfte anerkannt worden. Helfferich hat als Staatssekretär des Innern bereits im Herbst 1916 eine Vorlage zwecks Erhebung von Ausfuhrabgaben an den Bundesrat gebracht, sie aber während der Beratung zurückgezogen und die Erhebung solcher Abgaben auf dem Wege freier Vereinbarung mit den Interessenten betrieben. Die Abgaben reichten schon damals, als die Mark noch auf mehr als 80 Centimes stand, bei manchen Waren, so bei der Kohle, bis zu 10 Proz. des Wertes heran. Im Herbst 1919, nachdem inzwischen (trotz des sinkenden Marktkurses!) unter dem Druck der Unternehmer die meisten Waren von der Ausfuhrabgabe befreit waren, wurde eine neue Grundlage geschaffen. Die Mark stand schlecht. Bis aber die neue Ausfuhrabgabenordnung in Kraft trat, kam das Frühjahr 1920, die Mark stieg wieder etwas und rasch schritt man wieder zum Abbau der Abgaben mit der Wirkung, daß von einer großen Zahl von Waren eine Abgabe überhaupt nicht mehr erhoben, für die übrigen Sätze von 1 bis 3 Proz. (!) festgesetzt wurden. Da das Erträgnis für soziale Zwecke Verwendung fand (Verbilligung der Lebensmittel, Förderung des Wohnungsbaues, Erwerbslosenfürsorge), sprach man von der „sozialen Ausfuhrabgabe“. Während das Erträgnis im Dezember 1920 314 Millionen, im Januar 261 Millionen betrug, war es dank der erfolgreichen Abbaupolitik des volksparteilichen Wirtschaftsministers Scholz im Juni 1921 auf 65 Millionen zusammengeschrumpft. Aufgabe des im Mai d. J. als Vorsitz des Wirtschaftsministeriums getretenen Sozialdemokraten Robert Schmidt war es, wieder gut zu machen, was der volksparteiliche „Fachmann“ verdorben hatte. Mit dem erneuten Marksturz in diesem Herbst verschärften sich die Gründe für eine Erhöhung der Ausfuhrabgabe. Jetzt aber lehnten die volksparteilichen Scholz vertönten Unternehmer mit allen Mitteln gegen eine Erhöhung auf. Der Wirtschaftsminister hatte die Erhöhung der Ausfuhrabgabe um durchschnittlich 4 Proz. und Ausdehnung derselben auch auf die ausfuhrfreien

Waren (während sie bisher nur von Waren erhoben wurde, für die Ausfuhrerlaubnis erteilt wurde) vorgeschlagen. Darüber Betermordio! Der Export werde unterbunden, die Industrie zuniert, die Arbeiter brotlos gemacht! Das alles wegen der 4 Proz.! Dabei waren noch weitgehende Wilderungen vorgesehen bei Waren, die ganz oder vorwiegend aus ausländischen Rohstoffen oder Halbfabrikaten hergestellt sind, und bei denen der Lohn nur einen kleinen Teil des Wertes der Fertigwaren ausmacht.

In heißem Ringen hat das Wirtschaftsministerium seine Vorschläge vor dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, in dem die Sachverständigen, d. h. die Interessenten entscheiden, zu verteidigen gehabt. Bedenkliche Einschränkungen sind vorgenommen worden, die namentlich in der Freilassung bereits erteilter Aufträge und in weitgehenden Befugnissen der Außenhandelsausschüsse bestehen. Die Folge wird sein, daß die Unternehmer nach wie vor ungeheure Valutagewinne einstecken und zu ihrem persönlichen Nutzen verwenden, die sie der zunehmenden Verarmung Deutschlands und Verelendung der deutschen Arbeiterschaft verdanken. Im Rechnungsjahr 1920 sind 1150 Millionen Mark an „sozialen Ausfuhrabgaben“, 1081 Millionen Mark an noch bestehenden alten Abgaben für Kohle, Holz und Salz erhoben worden. Zehn Milliarden hätten aus dieser Quelle gewonnen werden können, ohne jeden Schaden für die Industrie, wenn das Unternehmertum nicht eine wirklich soziale Abgabepolitik unmöglich machen würde.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Aufteilung Oberschlesiens. — Die fehlende Kohlenmenge in der Gesamtversorgung. — Die Bedeutung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes. — Die Bewertung durch die Börse.

Die Entscheidung des Völkerbundes über die Aufteilung Oberschlesiens hat für Deutschland eine schwere politische Erschütterung herbeigeführt. Dieser Eingriff in deutsches Gebiet ist hart und ungerecht und bedeutet eine schwere Enttäuschung für die vielen, die doch noch der Hoffnung sich hingaben, daß auf der Grundlage der Volksentscheidung der Anspruch Deutschlands an dieses Land anders gewürdigt würde, als es tatsächlich geschehen ist. Die politische Bedeutung der ober-schlesischen Frage für Deutschland ist wiederholt eingehend dargelegt worden. Es sei im folgenden ein kurzer Ueberblick gegeben werden über die wirtschaftspolitische Rückwirkung, die durch die Neugestaltung in Oberschlesien herbeigeführt wird. Das ober-schlesische Gebiet ragt wirtschaftspolitisch hervor durch den Kohlenbergbau, die damit in Zusammenhang stehende Eisenproduktion, durch die Erzvorkommen und die Blei- und Zinkproduktion, die nahezu ausschließlich in diesem Bezirk zu Hause ist.

In der deutschen Gesamtsteinkohlenförderung im Jahre 1920 in Höhe von 131 Millionen Tonnen steckt ein Anteil aus der ober-schlesischen Förderung von 31,75 Millionen Tonnen. Von diesen 31,75 Millionen Tonnen Gesamtförderung in Oberschlesien werden rund 77,5 v. H. an Polen übergehen, während für Deutschland 22,5 Proz. verbleiben. Diese Kohlenförderung ist bisher zu einem erheblichen Teil von den Hüttenwerken und der Industrie verbraucht worden, und nach Polen, Tschecho-Slowakei und Italien gingen ungefähr 8 Millionen Tonnen; außerdem wurde der Bezirk mit Hausbrandkohle versorgt. Das übrige Deutschland bezog aus Oberschlesien jährlich 13,2 Millionen Tonnen Kohle. Demnach würden künftig rund 5 Millionen Tonnen an dem gegenwärtigen Gesamtverbrauch für Deutschland fehlen. Dieses Manko müßte gedeckt werden aus dem nach Polen übergehenden Bezirk, wobei ferner zu berücksichtigen wäre, daß die Reparationsleistungen, soweit sie aus dem ober-schlesischen Bezirk gedeckt würden, natürlich nicht mehr auf die deutsche Produktion umgelegt werden können.

Die Entscheidung des Völkerbundes will nun ein einheitliches Wirtschaftsgebiet aufrechterhalten in Oberschlesien und gewährt gewisse Erleichterungen im gegenseitigen Handelsverkehr innerhalb dieses Gebietes. Berücksichtigt man, daß im Besitz der industriellen Werke keine Aenderung eintritt, so könnte damit gerechnet werden, daß ein Ausgleich des Bedarfs in der bisherigen Weise möglich wäre. Die Regelung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes würde den einzelnen Unternehmen auch in dem an Polen abgetretenen Landesteil die Hand vollständig frei lassen, wohin sie keine Produkte abgeben will. Nur darf man sich darüber nicht täuschen, daß unter dem politischen Einfluß der polnischen Regierung wahrscheinlich sehr leicht eine Behinderung in dieser Befugungsfreiheit eintreten wird. In dem Fall wird alles darauf ankommen, wie die Kommission zusammengesetzt ist, die solche Streitigkeiten zu entscheiden hat. Immerhin darf man annehmen, daß für die nächste Zeit ein erheblicher Teil der Kohlenproduktion, das gleiche gilt für die Zinkherzeugung, den natürlichen Absatzmarkt in Deutschland finden und auffuchen wird. Für die

Entscheidung im 15 Jahre vorgehen. Auch darauf dieser Frist wird die Regelung des Handelsverkehrs ganz dem freien Ermessen der beiden Staaten zurückgegeben. Es sei denn, daß man sich schon früher über eine andere Regelung der Handelsbeziehungen einigt. Eine solche Vereinbarung ist in den Wirtschaftsbedingungen des Völkerbundes ausdrücklich vorgesehen.

Wie die Industrie diese politische Aufteilung des Bezirkes wirtschaftlich wertet, ist daran zu erkennen, daß an der Börse die Aktien der ober-schlesischen Unternehmungen durchaus keinen Rückgang, im Gegenteil eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen haben. Man schätzt also vom kapitalistischen Standpunkt die Unternehmungen unter den veränderten politischen Verhältnissen in ihrem Ertrag eher höher als geringer ein. Die Aktienbesitzer nehmen an, daß die wirtschaftliche Konjunktur nicht zerfallen wird, sondern die erhöhten Gewinne erhalten bleiben.

Bei einer loyalen Auslegung der Bestimmung über die wirtschaftliche Geschlossenheit des ober-schlesischen Industriebezirkes kommt der Ausfall in der Eisenproduktion für den deutschen Absatzmarkt nicht groß in Betracht. Zur Gesamt-eisenproduktion von 6 Millionen Tonnen ist die ober-schlesische Erzeugung von 400 000 Tonnen verhältnismäßig klein. Aber auch hier ergibt sich ganz von selbst, daß vorläufig das Absatzgebiet nach Deutschland von den Hüttenwerken, die nach Polen abgetrennt werden, beibehalten wird. Eine gewisse Abhängigkeit der ober-schlesischen Hüttenwerke ist in der Erzversorgung vorhanden. Nicht aus dem ober-schlesischen Bezirk und auch nicht aus Polen ist die Versorgung der Hüttenwerke mit Erzen möglich. Ober-schlesien nahm Lahn- und Dillerge, Siegerländer und schwedische Erze auf. Es führt also die eigentliche Zufuhrstraße für diese Erzversorgung über Deutschland.

Diese wirtschaftlichen Beziehungen, die unter der neuen Gestaltung der Dinge noch aufrechterhalten werden, sind natürlich keine dauernden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in dem abgetretenen Gebiet sich sehr bald eine wirtschaftliche Neuorientierung breit machen wird. Die Werke in dem polnischen Bezirk werden später ein Absatzgebiet nach dem Osten finden, sobald in Polen und Rußland eine wirtschaftliche Belebung eingetreten ist; und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Erzversorgung durch bessere Ausnutzung der Transportwege aus dem Uralgebiet für diese Hüttenwerke lohnender und vorteilhafter sich gestaltet, als die bisherige Erzversorgung. Diese wirtschaftliche Orientierung nach dem Osten wird natürlich auch für die gesamten übrigen Industrien dieses Bezirkes eintreten, wie ja auch vor dem Kriege dieser Handelsweg für den Absatz der Waren eingeschlagen wurde. Für Deutschlands Wirtschaftspolitik ergibt sich damit ein starker Anstoß, die verloren gegangene Kohlenbasis in Ober-schlesien durch Aufschließung neuer Kohlenfelder im Westen auszugleichen. Die dort vorhandenen Kohlenfelder harren noch der Aufschließung, und für die Neuanlage von Hüttenwerken bietet der Westen eine sehr viel bessere Möglichkeit der Erzversorgung, als wie der in der Versorgung ungünstiger gelegene ober-schlesische Bezirk, der in der Eisenerzeugung immer mit höheren Gesehungskosten rechnete, als das Ruhrrevier. Deutschland wird aber auch darauf bedacht sein müssen, die Wasserkräfte systematischer für die Erzeugung elektrischer Energie nutzbar zu machen, um auf diesem Wege im Kohlenbedarf Ersparnisse eintreten zu lassen. Die Vernachlässigung in der Erschließung dieser Kraftquellen ist darauf zurückzuführen, daß unter dem alten System aus strategischen Gründen Bedenken bestanden, die Eisenbahn in elektrischen Betrieb umzuwandeln. Diese Bedenken werden hoffentlich in der kommenden Zeit nicht mehr auftauchen, damit der Aufbau elektrischer Anlagen ungehindert erfolgen kann.

Die Kohlenversorgung wird gegenwärtig durch die Aufteilung Ober-schlesiens natürlich wieder in neue Bedrängnis geraten; denn, wie schon bemerkt, es ist sehr unsicher, ob wir aus dem künftigen polnischen Bezirk die Menge von Kohlen uneingeschränkt erhalten, die wir bisher für unseren Verbrauch beanspruchten. Können wir nicht in einer Zeit verhältnismäßig guter Beschäftigung durch Kohlenmangel Störungen in unserer Industrie herbeiführen, so muß Vor-sorge getroffen werden, die gegenwärtige Kohlenförderung besser auszunutzen. Wir stehen mit unserer Kohlenförderung nach dem Bericht, den der Reichskohlenverband gegeben hat, noch immer sehr ungünstig da. Unsere Gesamt-eisenförderung erreichte 1913 innerhalb des gegenwärtigen deutschen Gebiets 173 Millionen Tonnen. Sie hatte im Jahre 1920 nur eine Förderung von 131 Millionen Tonnen erreicht. Auch die englische Kohlenförderung erreichte erst eine Höhe von 233 Millionen Tonnen gegen 292 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Es ist also auch hier die Nachwirkung des Krieges erkennbar. Dagegen steigerte Nordamerika seine Kohlenproduktion von 531 Millionen Tonnen auf 601 Millionen Tonnen in demselben Zeitraum. Dieser ungünstige Stand in der Kohlenförderung Deutschlands muß ausgeglichen werden. Wir können nicht auf die Zu-

fuhr ausländischer Kohle verwiesen werden, da wir bei dem gegenwärtigen Stand unserer Markt so gewaltige Summen dafür aufwenden müßten, daß volkswirtschaftlich eine solche Regelung unseres Kohlenverbrauchs zu den größten Bedenken Anlaß geben muß. Wir müssen unsern Bedarf aus der heimischen Produktion decken. Leider klagen einige Industrien bereits wieder über einen Kohlenmangel. Es sei nur auf die Baustoffindustrie hingewiesen, die in der Lage ist, erheblich ihre Produktion noch zu steigern und zum Teil Ausfuhrmöglichkeiten besitzt, aber in ihrer Produktion dadurch gehemmt wird, daß nicht genügend Kohle zur Verfügung steht.

Wir müssen untersuchen, ob es nicht möglich ist, die Kohlenförderung zu erhöhen, damit der Schaden, der uns aus dem Losreißen des wertvollen ober-schlesischen Besitzes zugefügt wird, gemindert wird durch wohlüberlegte Gegenmaßnahmen zur Sicherung unserer Volkswirtschaft. Die Lösung dieser Frage liegt nicht nur im Interesse der Industrie, sondern auch der Arbeiterschaft.

Protest

der deutschen Arbeitnehmerorganisationen gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Ohne Rücksicht auf die feierliche Willenserklärung der Bevölkerung, ohne Beachtung zwingender Vorschriften des Versailler Vertrages, ohne jede Erwägung darüber, wie Deutschland die würgende Last der Reparationsverpflichtungen künftighin tragen kann, haben Völkerbundrat und Hauptmächte der Entente das Unrecht der Teilung Oberschlesiens beschlossen. Gegen diese Entscheidung erhebt die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer durch ihre Spitzenorganisationen vor aller Welt schariften Protest. Sie erblicken in diesem, dem deutschen Volke ohne jede Anhörung aufgezwungenen Beschluß eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, eine Handlung, die außerdem in schärfstem Widerspruch mit dem wiederholt feierlich verkündeten Zweck des Völkerbundes (friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten) steht. Gegen ihren ausdrücklichen Willen, gegen Geist und Sinn des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sollen Hunderttausende deutscher Volksgenossen einem Staate überantwortet werden, der kulturell, sozial und wirtschaftlich rückständig ist.

Das in Deutschland gepflegte und gesetzlich festgelegte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtlos und hilflos sind unsere Volksgenossen dem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Behörden preisgegeben.

Während das deutsche Wirtschaftsleben schon nach den ersten Versuchen zur Erfüllung der Reparationslasten schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, werden ihm wertvolle, unentbehrliche Teile zu Unrecht entzissen.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft hat wiederholt ihren ehrlichen Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation bekundet. Dieser Wille wird durch die Genfer Entscheidung glatt zer-schlagen. Es gewinnt den Anschein, als solle die Reparation verhindert werden, um dann gegen Deutschland mit neuen Zwangsmaßnahmen vorgehen zu können.

Dreizehn Millionen deutscher Arbeitnehmer sprechen hiermit den gegen ihren Willen und entzissenen Oberschlesiern ihr innigstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, auch als Volksgenossen zu betrachten, und werden nie erlahmen, zu betonen, daß wir die Zerreißung Oberschlesiens, die entgegen dem einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen der beteiligten Bevölkerung, entgegen Vernunft und Gerechtigkeit erfolgt ist, als brennendes Unrecht betrachten.

Wir appellieren an das Gewissen der ganzen Kulturwelt in der festen Zuer-sicht, daß mit Hilfe aller ehrlichen Menschen im Geiste der Völkerveröhnung auch das Recht auf unsere ober-schlesischen Volksgenossen Anwendung findet.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Deutscher Gewerkschaftsring.

Deutscher Beamtenbund.

Aus unserem Beruf.

Zur Lage in der feintextilen Industrie. Aus einer ganzen Anzahl von Zahlstellen sind uns noch Berichte zur Veröffentlichung in der „Ameise“ zugegangen, die den Streik und dessen Durchführung betreffen. Nachdem eine Verständigung erfolgt, ein neuer Tarif abgeschlossen und damit der Frieden wieder hergestellt ist, halten wir es für richtiger, auch in unserem Blatte den Kampf als beendet gelten zu lassen. In einigen Zahlstellen ist es anläßlich des Kampfes zu mehr oder minder heftigen Preßfehden in der lokalen Presse gekommen. Wir ersuchen unsere Kollegen, die Streit-

endgültig zu begraben und erwarten, daß auf der Gegenseite daselbe geschieht. Jetzt heißt es wieder, an die Arbeit gehen und Pflichten zu erfüllen, um Rechte beanspruchen zu können.

Gräfenthal. Im „Thür. Woten“ vom 26. Oktober d. J. erschienen nachstehende Notiz:

Da für dieses Jahr die Schuluntersuchungen im allgemeinen für die hiesige Schule beendet sind, wird es wohl für die Allgemeinheit von Interesse sein, etwas näheres darüber zu erfahren.

Es wurden etwa 500 Kinder untersucht (Zahl der Schulkinder zurzeit 484). Besonders wurde auf ansteckende Krankheiten, Allgemeinzustand, Unterernährung, Tuberkulose und ihre Nebenerscheinungen, Zahnpflege und Sauberkeit, geachtet.

Betritt man ein Klassenzimmer, so hat man besonders in den untersten und mittleren Klassen folgenden Eindruck: Blasse, müde Kindergesichter sehen den Beschauer an und läßt man die Kinderchen sich ausziehen, da tritt so recht der ganze Jammer der Kriegsnot und seiner Folgen zutage. Vermlichste Unterkleidung, zum Teil gar kein Hemdchen und Strümpfe, schlechtes, zerrissenes Schuhwerk.

Doch hierfür kann keiner Mutter und Erzieher ein Vorwurf gemacht werden. Die wirtschaftliche Lage bei den meisten der so spärlich gekleideten Kinderchen ist so, daß sie bei den heutigen Preisen keine andere Kleidung schaffen können, aber jeder Mutter und jedem Erzieher ist es Pflicht, ihr Kind in einem reinlichen körperlichen Zustand zu erhalten, die Unterwäsche zum mindesten alle acht Tage zu waschen und wenn nötig zu sieden. Solche Unterlassungssünden rächen sich schwer an dem Allgemeinbefinden des betreffenden Kindes, bieten ansteckenden Krankheiten eine willkommene Brutstätte für ihre heimtückischen Folgen.

Auch sollen die Eltern ja auf die Zahnpflege der Kinder von frühester Jugend auf sehen. Appetitlosigkeit, blaßes Aussehen, allgemeine Schwächlichkeit sind oft durch entsprechende Zahnpflege zu beheben und so können wieder im zarten Körper schlummernde Keime ererbter oder erworbener bössartiger Krankheiten zum Aufblühen oder Ausheilen gebracht werden.

Folgende Aufstellung gibt einen Beweis obiger Ausführungen:

	Mädchen	Anaben
Allgemeine Körperschwäche, Unterernährung	50	44
Blutarmut	28	38
Englische Krankheit, schlechte Haltung	28	34
Tuberkulose — Strophulose	18	21
Kräpfe	21	22
Leistenbrüche	—	6
Geschlechtskrankheiten	—	2
Herzfehler (schwere)	1	3
Schlechte Zähne	44	36

Dann wurden noch bei verschiedenen Kindern Nasen-, Rachenerkrankungen, Augenleiden (Schielen — Kurzsichtigkeit) festgestellt. Diese Krankheiten zu beheben ist für die spätere Entwicklung der betreffenden Kinder sehr wichtig.

Um so erfreulicher ist es, daß es den Bemühungen von verschiedenen Seiten und nicht zuletzt denen des Bürgermeisters gelungen ist, die maßgebenden Stellen zu überzeugen, daß eine Quäterspeisung hier dringend nötig ist. Und deshalb war gestern ein Herr aus Weimar da, der sich die Kinder ansah und dessen Urteil nach Besichtigung der Schulkinder dahin lautete, er habe noch bei allen seinen Besichtigungen nicht solch schlechten Gesundheitszustand bei den Schulkindern angetroffen. Er hat für kommenden Monat den Beginn einer Quäterspeisung von 100 Schulkindern auf ein halbes Jahr in Aussicht gestellt. Möge sich diese Hoffnung erfüllen und die Speisung zum Wohle dieser empfangenden Kinderchen werden, aber hoffentlich finden sich auch hilfsbereite Hände, die nicht Arbeit und Mühe scheuen, dieses gute Werk zu fördern, sei es auch in der Erwartung keines künftigen Lohnes oder sonstigen Dankes. Doch hierüber wird zu gegebener Zeit entsprechende Aufklärung von berufener Seite gegeben werden. **R e b l e r.**

(Die Porzellanarbeiter bilden das Gros der Einwohnerschaft von Gräfenthal. Weil vorstehende Angaben für sich sprechen, wollen wir uns jeder weiteren Bemerkung enthalten. **Red.**)

Königszell. Porzellanfabrik Königszell verteilt wieder, wie im Vorjahre, 25 Proz. Dividende und 100 Mk. Bonus, ergibt zusammen 25 Proz.

Ludwigsburg. Die Differenzen in der hiesigen Porzellanfabrik bestehen fort. Die Firma überreichte einem Mitgliede die neue Lohnliste — die Dreherei, auf der sämtliche Artikel um 25 bis 40 Proz. reduziert sind. Die Firma erklärt, sie beläme genug Dreher, wenn die dort. Dreher für die neuen Preise nicht arbeiten werden. Es ist deshalb Bezug nach Ludwigsburg streng fernzuhalten, solange die Firma die Löhne nicht nach dem neuen Tarif bezahlt bzw. den Tarif und das Lohnabkommen nicht in vollem Umfange anerkennt.

Magdeburg. Unser Kollege **Fritz Ehrhardt**, Dreher, geboren am 7. Mai 1864 zu Schleusingen, ist am 27. Oktober einem Herzschlage erlegen. Seit dem 5. August 1883 hat E. unserer Organisation ununterbrochen angehört bis zum Februar v. J., wo er infolge Berufswechsels zum „Deutschen Eisenbahnerverband“ überzutreten mußte. Mit allen Fasern seines Herzens hing E. an seinem Beruf, an seinen Kollegen und seinem Verbands. Die Stilllegung der Porzellanfabrik Budau nötigte ihn zum Berufswechsel. Ein ehrendes Gedenken bleibt unserem „Fritz“ in unseren Reihen gesichert.

Selb. Porzellanfabrik Lorenz Gutschentreuther, A.-G., verteilt wieder 25 Proz. Dividende, außerdem einen Bonus von 15 Proz., zusammen also 40 Proz.

Selb.-Blößberg. Die Arbeiterschaft der hiesigen Porzellanfabrik, vormals **Jak. Beidler**, nahm nach seinem dreiwöchigen Streik die Arbeit geschlossen wieder auf. Mustergültig war die Disziplin, die die Kollegen und Kolleginnen an den Tag legten. Ein Vergleich mit der großen Aussperrung von 1912 zeigt, daß auch die hiesige Arbeiterschaft, erfüllt von dem Geist der Solidarität, ein würdiges Glied im Kampfesheer des erwachten Proletariats ist. Wenn sich auch die Hoffnungen nicht in dem Maß verwirklicht haben, wie man angesichts der unerhört teuren Verhältnisse sich wünschte, einen Erfolg haben wir, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, zumal wir noch lange keine vollständig ausgebaute Kampforganisation sind. Es ist nicht beabsichtigt, hier im Rahmen dieses Artikels näher darauf einzugehen. Sache aller Zahlstellen muß es jetzt sein, den Boden vorzubereiten, auf dem unsere Organisation reorganisiert, ja teilweise neu aufgebaut werden muß, wollen wir den Kämpfen gewachsen sein, die uns noch harren. Und sie kommen noch, diese Kämpfe, das soll sich jeder Kollege und Kollegin zu Herzen nehmen. Also auf zu neuen Kämpfen. —

Stadtilm. Am 19. Oktober waren 25 Jahre verflossen, seit die Kollegen **Ernst Cramer** (unser gegenwärtiger Zahlstellenkassierer) und **Louis Langguth** dem Verbands angehören. Die Zahlstelle bringt hiermit beiden Jubilaren ihre Glückwünsche dar. (Wir schließen uns denselben voll und ganz an. **Red.**)

Triptis. Von Arbeitgeberseite wird die Nichtigkeit der Angaben in Nr. 42 der „Ameise“ über Triptis bestritten und der Sachverhalt wesentlich anders dargestellt. Nachdem der Kampf beendet, halten wir es für richtig, auch diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Jedoch wollen wir die Gelegenheit benutzen, unsere Kollegen ganz allgemein zu ersuchen, sich bei ihren Berichten an die „Ameise“ immer streng an die Tatsachen, die genauestens bewiesen werden können, zu halten. Mit Vermutungen und haltlosen Behauptungen kann niemandem gedient sein.

Konferenz der südwestdeutschen Zahlstellen Baden-Württemberg.

Eine Rundfrage des Bezirksvorsitzenden bei den Zahlstellen, ob eine Konferenz in Anbetracht der Lage für notwendig erachtet wird, wurde von den meisten Zahlstellen bejahend beantwortet, worauf eine solche telegraphisch auf den 15. Oktober nach Schorndorf einberufen wurde.

Der Vorsitzende **Aug. Herrmann**, Zell a. d. S., begrüßte die Vertreter der Zahlstellen mit Worten des Dankes für ihr Erscheinen und schildert mit treffenden Worten den Kampf mit dem Großkapital und als Folge auch unsere heutige Lage in der Porzellan- und Steingutindustrie. Hierauf wird folgende Tagesordnung aufgestellt und angenommen:

1. Bericht des Kollegen **Halter**, Schramberg, über die Tarifverhandlungen in Eisenach.
2. Situationsbericht der Zahlstellen.
3. Besprechung der allgemeinen Lage.
4. Festsetzung des nächsten Tagungsortes.
5. Verschiedenes.

Betreten waren 8 Zahlstellen durch 14 Delegierte.

Kollege **Halter** ergriff nun das Wort, um einen kurzen Bericht über die Tarifverhandlungen zu geben. Er betonte, daß gleich Anfangs der Zusammenkunft sich Schwierigkeiten herausstellten, die einen erfolgreichen Verlauf ahnen ließen. Der von den Unternehmern vorgelegte neue Vertragsentwurf zeigte, wie wenig soziales Verständnis bei dem Unternehmertum vorhanden ist; denn was in dem alten Vertrag an wenigem in dieser Beziehung vorhanden, fehlte im neuen Entwurf vollständig.

Die gewaltige Lohnerhöhungswelle, die alle notwendigen Bedürfnisse und Lebensmittel schon seit Anfang August erfasst und in die Aufwärtsbewegung begriffen ist, glaubten die Unternehmer durch paar lumpige Prozente aus der Welt schaffen zu können, die mit als vollständig ungenügend ablehnen mußten, worauf die Verhandlungen scheiterten.

Vorsitzender **Herrmann** dankt **Halter** für seinen Bericht, der sich hierauf entwickelnden Diskussion konnte festgestellt werden, daß die Konferenz einmütig den Ablehnungsbeschluss für gut befand. Mehrere Vertreter sprechen sich gegen die Familienzulage aus, die durch verheiratete, kinderreiche Kollegen nur schwer in einen Einkommen können. Einem anwesenden Kollegen wurde, daß er in einem Betrieb um Arbeit nachsuchte, rundweg erklärt, daß er gestellt würde, wenn er nicht so viel Kinder hätte.

Von Punkt 2 der Tagesordnung „Bericht der Zahlstellen“, wurde von den anwesenden Vertretern ergebend Gebrauch gemacht. Aus sämtlichen Berichten geht hervor, daß überall gute Vorarbeit geleistet wurde, daß man aber den Direktiven des Hauptvorstandes folgen und eine abwartende Haltung einnehmen soll; in allen Zahlstellen steht man der Sache mit Ruhe entgegen.

Aus dem Bericht der Zahlstelle Mannheim-Räfertal geht hervor, daß die Arbeitnehmer der Firma Sterner seit dem 10. Oktober im Streik stehen.

Es wird beantragt und beschlossen, die Sitzung auf Sonntag, den 16. Oktober, morgens 8 Uhr, zu vertagen. Schluß abends 1/2 9 Uhr.

Sonntag, den 16. Oktober, morgens 8 Uhr, wird die Sitzung wieder vom Vorsitzenden eröffnet und Punkt 3 der Tagesordnung, „Besprechung der allgemeinen Lage“, zur Diskussion gestellt.

Es wird berichtet, daß der Streik schon einen gewaltigen Umfang angenommen hat. Mit dem Hauptvorstand ist man der Ansicht, daß es vorläufig genügen wird, um auf die Herren Unternehmer den nötigen Druck auszuüben und sie unseren berechtigten Forderungen zugänglich zu machen, und sind ferner in der Lage, die Sache finanziell zu unterstützen.

Der Aussperrungsbeschluss hat nirgends Beunruhigung hervorgerufen, sondern überall ist man optimistisch gestimmt, trotzdem die Unternehmer uns das Messer an die Kehle setzen wollen. Von den erhöhten Beitragssätzen wird Kenntnis genommen und dieselben für gut gehalten. Es wird die Anregung gemacht, trotz erhöhter Beiträge noch Sammellisten in Umlauf zu setzen zur Unterstützung der streikenden Kollegen.

Sollte die Aussperrung in Kraft treten, so soll strikte so verfahren werden, wie bei ähnlichen Streiks.

Ein Vertreter ist der Ansicht, daß man nach Bekanntwerden des Aussperrungsanschlusses den Unternehmern den ganzen Bettel hätte hinwerfen sollen und die Aussperrung nicht erst abwarten. Der Vorsitzende führt nochmals die Gründe an, die bestimmend sind für eine abwartende Haltung unsererseits.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung wird Schramberg als Tagungsort bestimmt.

Punkt 5: „Verschiedenes“. Es wurden folgende Anträge gestellt und einstimmig angenommen: 1. Der Hauptvorstand wird ersucht, Briefe nicht mehr als Drucksachen zu senden, da dieselben sich zu lange verzögern. Es sind verschiedentlich berartige Schreiben mit achtägiger Verzögerung eingelaufen.

2. Der Hauptvorstand wird ersucht, bei den kommenden Lohnverhandlungen dahingehend zu wirken, daß Streik- und Aussperrtage von den Unternehmern bezahlt werden.

3. Die Konferenz stellt den Antrag, eine umfassende Beitrags-erhöhung vorzunehmen, jedoch die Unterstützungssätze nur bei Streiks und Maßregelungen zu erhöhen, um die Hauptkasse leistungsfähiger zu machen. Ferner soll bei Publikationen der Finanzverhältnisse vorzüglicher zu Werke gegangen werden.

Es wird gerügt, daß noch einige Zahlstellen vorhanden sind, die ihre Beiträge nicht in der vorgeschriebenen Höhe bezahlen, und ersucht, solches in Zukunft zu unterlassen, da unsere Kasse jeden Penny notwendig braucht.

Es wird vielfach Klage geführt über das späte Eintreffen der Briefe vom Hauptvorstand. Ferner wird Wert darauf gelegt, daß in allen kommenden Lohnverhandlungen je ein Vertreter unseres Vorstands hinzugezogen wird, der dann auf Wunsch den Zahlstellen Bericht erstatten soll.

Zum Schluß der Sitzung sprechen die anwesenden Vertreter der Westdeutschen Zahlstellen dem Hauptvorstand sein Vertrauen und den Dank aus für sein Verhalten in den Tarifverhandlungen und bitten, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen zum Nutzen und Wohl des Verbandes.

Es wird hierauf der Wunsch geäußert, die Besprechungen und Anregungen zu beherzigen und im Fall des Streiks oder der Aussperrung standhaft zu bleiben und, wenn nötig, auch Entbehrungen auf sich zu nehmen, damit der Kampf zum erfolgreichen Ende geführt werden kann.

Vorsitzender Herrmann schließt die Konferenz am 12 Uhr vormittags und dankt den Schornborfer Kollegen für die gastfreundliche Aufnahme in Schornborf.

Gräfenthal. In einer starkbesuchten Versammlung der Vorarbeiter berichtete am 30. Oktober Kollege Erdmann über die Verhandlungen in Nürnberg und Dresden. Redner beleuchtete in ausführlicher Weise die Schwierigkeiten, die zu beheben waren, und wieder zu einem Tarif zu kommen. Es habe sich dabei bewiesen, daß die Haltung des Verbandsvorstandes einzig und richtig gewesen ist, und der Vorstand das volle Vertrauen genießen müsse. Auch stehe fest, daß alle Unterhändler auf Arbeiterseite freis bestrebt waren, das Beste für ihre Mitglieder zu schaffen, und daß alle diejenigen, die oft in Versammlungen diese Arbeiten kritisierten und später selbst mit Verhandlungstisch erschienen, eines Besseren belehrt wurden. Für die Zukunft müßten solche ungeschöne Polemiken gegen den Verbandstand verschwinden und wieder mehr Vertrauen einkehren, dann es besser um unsere Organisation bestellt. Gegen das Eisenacher Ultimatum der Unternehmer habe der Schiedspruch Lohnverbesserungen um 17-20 Proz. über die Eisenacher Zugeständnisse hinaus gebracht. Am Schluß dankte Genosse Erdmann allen denjenigen, die dazu beigetragen haben, daß diese Erfolge erzielt wurden. Die Ausführungen wurden mit starkem Beifall entgegengenommen.

In der Aussprache stellt sich ein Redner auf den Standpunkt, daß der Schiedspruch äußerst ungenügend und mehr erwartet worden ist. Zum Schluß ging Kollege Erdmann auf diese Ausführungen ein und wies an der Hand von Beispielen nach, daß dieser Schiedspruch sich wohl haben lassen könnte. Weiter stellte er fest, daß die erwiegende Mehrzahl der Mitglieder die Arbeiten anerkennen und damit einverstanden erklären. — Die Streikenden haben überall die Zeit wieder aufgenommen.

Almenau. Am Montag, den 31. Oktober 1921, vormittags 8 Uhr, fand eine von über 1000 Kollegen und Kolleginnen besuchte Versammlung statt, die den Bericht ihres Delegierten von den letzten Verhandlungen in Dresden entgegennahm.

Nach der Versammlung wurde die Arbeit in den meisten Betrieben geschlossen aufgenommen.

Aus der Mitte der Versammlung wurde noch eine Resolution an den UVB und den Hauptvorstand einstimmig angenommen, in welcher auf eine innerhalb der Gewerkschaften zu schaffende Einheitsfront hingewirkt ist.

Weiter kam ein Beschluss an den Vorstand zur einstimmigen Annahme, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Vorstand wird ersucht, den dreifachen Beitrag bis zum Jahreschluss zu erheben, um unsere Verbandsklasse für die nächsten Kämpfe schon jetzt entsprechend zu stärken.“

Die Almenauer Kollegen und Kolleginnen ersuchen die anderen Zahlstellen, den gleichlautenden Antrag an den Vorstand zu richten.

Kahla. Vor überfüllter Versammlung erstattete Kollege Weinhardt am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, Bericht über die Tarifverhandlungen in Nürnberg und Dresden. Ausführlich legte er die Gründe dar, weshalb ein Wechsel der Verhandlungsorte stattfand, und schilderte er die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um wieder zum Wirtschaftsfrieden zu kommen bzw. wieder zu einem Tarifverhältnis zu gelangen. Mit Spannung lauschten die Anwesenden aufmerksam den Darlegungen des Berichterstatters. An Hand von Beispielen versuchte Kollege Weinhardt den Versammelten klarzumachen, welchen Erfolg der zum Abschluss gebrachte Tarifvertrag für die Kollegen bedeutet. Die volle Auswirkung wird sich jedoch erst zeigen, wenn die Kollegen einige Zeit unter dem neuen Tarifverhältnis gearbeitet haben werden. In der Aussprache wurde allseitig anerkannt, daß unsere Verhandlungsdelegation ihre volle Pflicht getan habe, daß aber nach dem Gang der Verhandlungen die Unternehmer ihre in Nürnberg so stark betonte Friedensbereitschaft wesentlich zugunsten korrigiert haben. Auch wurde betont, daß die erzielte Lohnaufbesserung durch die inzwischen weiter rapid fortschreitende Preissteigerung schon wieder wettgemacht worden sei. Gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, den Tarif anzunehmen und den Streik als beendet zu betrachten. Die Erfahrungen des beendeten Kampfes sich zunutze machend, ist die Versammlung einmütig der Auffassung, daß eine grundlegende Sanierung unserer Beiträge erfolgen muß, damit wir weiteren Kämpfen, die unausbleiblich erscheinen, mit größerer Ruhe und mehr Zuversicht entgegengehen können. Im übrigen wird der Streikleitung am Erie für ihre Umsicht und ihre Energie, mit denen sie die Bewegung leitete, und den gesamten Kollegen für ihre muster-gültige Ruhe und Disziplin während des Kampfes gedankt.

Die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, den 31. Oktober, bzw. am Dienstag, den 1. November, verlief sich programmäßig und ohne jede Störung, nachdem die Streikleitung schon am Sonntagabend, den 29. Oktober, nach Kenntnis von dem Telegramm aus Dresden entsprechend vorgearbeitet hatte.

Es ist denn nicht nur für Kahla allein, sondern wohl für die gesamte Kollegenenschaft ein Kampf von gigantischer Größe zum Abschluss gebracht worden, wie ein solcher in der Geschichte unseres Verbandes, die am reichsten mit ist an Kampfepisoden in der gesamten Gewerkschaftsbewegung, noch nie zu verzeichnen war. Auch die jüngsten Verbandsrekruten haben sich als Kämpfer bewährt; sie haben die Feuer-taufe gut überstanden. Und wenn unsere Kollegen allerorts den Willen haben, aus diesem Kampfe die richtigen Nutzenwendungen zu ziehen, und wenn sie alle das erforderliche Vertrauen haben zu ihren Leitungen und insbesondere das notwendige Vertrauen zu sich selbst, dann können wir kommenden Stürmen mit Ruhe entgegengehen.

Darum, vorwärts Kollegen! Schließt die Reihen noch enger und stellt die Organisation auf ein neues, festes Fundament. Stärkt die Kasse!

Vermischtes.

Proletarische Bildungsarbeit. Immer noch ist die alte Ansicht festgewurzelt, daß der Mensch im kindlichen Alter am leichtesten Wissensstoff in sich aufnehme. Es ist aber erwiesen, daß nicht die Zeit zwischen dem 6. und 15. Lebensjahre die günstigste Zeit für die Aufnahme des Wissens ist, sondern das Alter von 16 bis 25 Jahren. Es ist die Pflicht jedes Proletariers, diese Lebensjahre auszunutzen und sich durch eigenes Studium das an-zueignen, was ihm die Schule, das Leben, die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse vorenthielten.

Sterbetafel.

Berlin-Charlottenburg. Eduard Seifarth, Schilder-maler, geboren am 13. Juli 1878, gestorben am 25. Oktober an Gaskochung. Mitglied seit 1904.

Goldberg. Friedrich Franz Walther, Fader, geboren am 2. August 1860, gestorben am 16. Oktober durch Unfall. Mitglied seit 1918.

— Bruno Heinich, Vieher, geboren am 23. August 1873, gestorben am 2. Oktober an Karbunkel. Mitglied seit 1918.

Dresden. Ortsgruppe Reichen. Karl Jehmlich, Form-gießer, geboren am 11. Dezember 1888, gestorben am 16. Oktober an Malariafieber. Mitglied seit 1919.

Margarethenhütte. Ernst Jaska, Arbeiter, geboren am 11. Juli 1895, gestorben am 21. Oktober an Rippenfell-entzündung. Mitglied seit August d. J.

Waldersdorf. Anton Schmidt, Maler, geboren am 10. Januar 1869 zu Schlagenwald (Böhmen), gestorben am 28. Oktober an Asthma. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungsberichte.

M.-Glabbad. Versammlung vom 13. Oktober. Der Kassierer gibt den Kassenbericht und die Abrechnung vom Vergnügen. Ein Ueberblick von letzterem in Höhe von 46 Mt. soll für eine kommende Festlichkeit aufbewahrt werden. Sodann wurden die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Riffarth besprochen; von Ueberstunden will letztere absehen. Nachdem noch einige Wahlen vollzogen wurden, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althalbdenleben. Montag, den 14. November, abends 7 Uhr, bei Peters.

Annaburg. Sonnabend, den 12. November, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ (Lbielemann), großer Saal.

Berlin-Charlottenburg. Mittwoch, den 23. November, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Manufaktur.

Riegnitz. Donnerstag, den 17. November 1921, abends 8 Uhr, im „Stern“.

Spandau. Montag, den 14. November, nachm. 4 Uhr, bei Windt, Richelsdorferstr. 5.

Adressen-Änderungen.

Ludwigsburg (Württemberg). Kassierer: Karl Bräuer, M., Solitudeallee 84.

Oberkoben (Oberfranken). Kassierer Karl Puff, M., wohnt jetzt Mühlberg 6.

Schwarzenfeld i. Bayern. Vors.: Wilhelm Kühn, Modelleinrichter, Hauptstr. 107; Schriftf.: Hermann Haverland, Maler, Nr. 75; Kass.: Joseph Edl, Dreher, Nr. 128; Beisitzer: Sebastian Brebl, Brenner, Nr. 50; Revisoren: Jos. Friedr. Schenk, Oberdreher, Nr. 58, August Enoch, Dreher, Nr. 75.

Coburg.

Die Geschäfte der hiesigen Zahlstelle hat mit dem 15. Oktober 1921 Kollege Ernst Dalibor übernommen. Alle für die Zahlstelle bestimmten Zuschriften sind zu richten an
Ernst Dalibor, Coburg, Sudengasse 37.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Lina Königer gingen folgende Beträge ein: Althalbdenleben 15,—; Annaburg 10,—; Auma 10,—; Arnstadt 10,—; Arzberg 25,—; Berlin 20,—; Berlin, Malerei staatl. Porz.-Manufaktur, 138,—; Brattendorf 20,—; Breslau 10,—; Burgau 10,—; Cassel 15,—; Coburg 20,—; Colditz 10,—; Elmshorn 25,—; Esterwerda 20,—; Flörzheim 15,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Freiberg 10,—; Goldlauter 10,—; Gotha 10,—; Grünstadt 15,—; Hermisdorf 10,—; Hirschau 10,—; Hornberg 15,—; Ilmenau 20,—; Kahla 10,—; Kahlhütte 20,—; Königszelt 20,—; Köpelsdorf 60,—; Krieps 20,—; Lettin 5,—; Limbach 20,—; Magdeburg 15,—; Mannheim-Käfertal 10,—; Margaretenhütte 20,—; Martredwitz 20,—; Mengersgereuth 30,—; Meuselbach 10,—; Meuselwitz 10,—; Mitterteich 20,—; Moschenborn 10,—; Neuhaldensleben 20,—; Naila 42,—; Oberkoben 25,—; Oschatz 25,—; Passau 10,—; Plankenhammer 10,—; Plauen 20,—; Rottschappel 15,—; Röthen 10,—; Rauenstein 10,—; Rehau 25,—; Rodach 20,—; Roschütz 10,—; Rudolstadt 50,—; Selb 30,—; Selb-Blößberg 50,—; Sondershausen 10,—; Sophienau 15,—; Sorau 15,—; Scheibe 15,—; Schleusingen 10,—; Schlierbach 25,—; Schönwald 50,—; Stadtilm 10,—; Stadtilmsfeld 20,—; Staffel 20,—; Spandau 20,—; Teltow 20,—; Tiefenfurt 20,—; Triptitz 10,—; Uhlstädt 20,—; Velegisch von C. Alberti, Uhlstädt, 108,—; Unterweißbach 25,—; Weilsdorf 10,—; Wobenstein 10,—; Worbamm 10,—; Waldenburg 20,—; Waldenburg, ungenannt, 5,—; Waldfassen 10,—; Waldfassen, ungenannt, 10,—; Waldfassen 100,—; Weiden 20,—; Weißwasser 30,—; Wittenberg 50,—; Wunsiedel 30,—; Gräfenthal: Schickhauswirt Albin Hank 20,—, Städtischer Straßenwärter Umler 5,—, Markt. Summa: 1808,— Mt.

Die Sammlung ist geschlossen. Im Namen der Kollegin Königer, sowie der Zahlstelle Gräfenthal allen Gebern besten Dank.
Die Zahlstellenverwaltung. J. A.: Erdmann.

Quittung.

Für unseren kranken Kollegen Georg Lotte gingen folgende Beträge ein: Annaburg 20,—; Arzberg 25,—; Arnstadt 10,—; Colditz 10,—; Esterwerda 20,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Gotha 10,—; Hohenberg 25,—; Kola 10,—; Lettin 5,—; Limbach 15,—; Magdeburg 15,—; Neuhaldensleben 20,—; Passau 10,—; Rauenstein 10,—; Rehau 25,—; Schönwald 15,—; Selb 70,—; Suhl 20,—; Teltow 20,—; Tiefenfurt 20,—; Unterweißbach 20,—; Weilsdorf 10,—; Wobenstein 10,—; Waldershof 10,—; Windischchenbach 15,— Mt. Summa: 450,— Mt.
Allen Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.
Für die Zahlstelle Rösslau: Christian Lang, Kassierer.

Dank.

Für die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Rösslau meinen herzlichsten Dank.
Georg Lotte, Rösslau.

Arbeitsmarkt.

Offert... besa... frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter betrachtet.

Von nordbayerischer Geschirrfabrik wird ein tüchtiger, gewandter Tischgänger baldigst gesucht. Es wird besonders Wert darauf gelegt, daß derselbe saubere Einrichtungen liefert.
Offerten unter Z. Z. an die Redaktion der „Ameise“

Einige tüchtige Steingutdreher sofort verlangt. Angebote unter „B. 15“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtige Polychrome für religiöse und weltliche Figuren per sofort gesucht.

Hermfens & Co., Breslau 9, Laurentiusstr. 23.

Steingutdreher, 36 Jahre, ledig, in allen Arbeiten sucht baldige Stellung.

Angebote unter „W. 5“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Mehrere tüchtige und fleißige Dreher, verheiratet, deren Frauen möglichst gleichzeitig garnieren, werden per sofort für Steingutfabrik aufgenommen, bezgl. ein tüchtiger Oberdreher. Wohnungen mit Gärten, sofort beziehbar, vorhanden.

Offerten unter Beifügung von Zeugnissen an die „Ameise“ unter „C. 9“.

Wir suchen per sofort eine
= Druckerin für Buntdruck =

die aber auch in der Malerei (es kommen nur Männer in Frage) wandert sein muß. Die Gesuchte muß die nötige Intelligenz besitzen, hiesige junge Mädchen anlernen zu können, da wir hier wegen Wohnungsmangel Kräfte von außerhalb nicht heranziehen können. Offerten mit Bild, Gehaltsansprüchen und Angaben über die bisherige Tätigkeit erbeten an die Porzellanfabrik Brambach in Sachsen.

Ein oder mehrere tüchtige Dreher für Terrinen ferner ein tüchtiger Formgießer finden sofort dauernde Beschäftigung in der Porzellanfabrik Beh, Scherzer & Co., A.-G., Rehau i. Vorpommern.

Tüchtige Formgießer für Gebrauchsgeschirrabteilung per sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Lohn nach bestehendem Tarif.

Offerten unter „B. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Modelleinrichter und Formgießer für elektrotechnische Artikel, sowie tüchtige, ledige

Freidreher und Isolatorendreher werden eingestellt. Angebote mit Zeugnisabschriften an die Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow-Berlin.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Nettetes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Matrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Gr., je nach Inhalt. — Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 „

je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Gogr. 1898.
Beste
Bedien.



Freiheit
kauft

Gogr. Platin-
Suber-
prima
mit
Antrag

Rapid schnelle Bed.
Seifert, Zwickau i. S., Osterwailstr. 32.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere

Pinsel, Paletten, Röpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Matrückenstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haugt, Dresden-A., Rönisch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen 6. Jm.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Pinsel — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Christoph Geier, Höchstadt b. Thiersheim, Oberfranken.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer